

der Lasten, welche dem Großbetriebe durch die Reichsgesetzgebung und durch die Gemeindeversteuerung auferlegt werden.

Sollten die Reichsräte dennoch in die Einzelberatung der Entwürfe eintreten, so empfiehlt der Referent in umfänglicher Weise, dass damit die ganze Reform zerbrochen ist. Allerdings ist Herr von Auer in einer Hinsicht "sozialer" als die Zweite Kammer; er beantragt die Heraushebung des neuen zweiten Ersatzminimum von 300 auf 600 M., weil nämlich das Wahlrecht an irgend eine Steuerleistung gebunden ist. Herr von Auer will auf eine halbe Mark Steuern für die niedrigsten Einkommen vorsetzen; denn billiger kann man den Armen ihr Wahlrecht nicht abschaffen als für 50 Pfennige!

Sozus aber ist Herr von Auer gegen alle Erleichterungen für die Bevölkerung. Er schreibt plötzlich für das gleiche Recht:

Eine Steuerpflicht kann keine Rücksicht nehmen auf die persönlichen Verhältnisse des Beflügten. Darunter teilt auch die Sichtweise der Einwohner. Man werde außer den Kindern bald auch andere Bestimmungsgründe, welche das Steuerzahnen leichtig machen. Die Teilnahme an den Staatslasten ist nach der Verpflichtung für alle Einwohner eine allgemeine, ohne Ausnahme eines Standes. Wenn soll eine Beitragspflichtiger, der 1000 M. und mehr Einkommen hat, eine Erhöhung von ein paar Mark Steuer und Umlagen nicht vertragen können? Ist es nicht ein Denk der Klugheit, dass diejenigen, welche die Steuern befürworten, sie gleichzeitig mitstreben helfen, wenn auch unter Verübung ihrer Leistungsfähigkeit?

So spricht der Lord. Dann aber wütet er förmlich gegen den Kinderparagraphen. Die uradligen Argumente werden hier zum Kulturdokument:

Nach diesem Artikel hat der Unterschied zwischen Familienältern und Niedigkeiten einen Einfluss auf die Steuerpflicht, und ist Rücksicht genommen auf die notwendigen Mehraufgaben, welche der Familienvater gegenüber dem Junggesellen hat. Ich kann mich von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Bestimmung nicht überzeugen, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Rücksicht auf das Recht, eine Familie zu gründen, und die Pflicht, für sie zu sorgen, was kann bei Erhalt des Beamtengehalts, welches Antrag zur Steuervorlage gegeben hat, von ausschlaggebender Bedeutung für die Erhöhung der Gehalte...

2. Was insbesondere die Ausdehnung der Steuererleichterung mit Rücksicht auf die in der Vorbildung für einen Beruf geeigneten Kinder anlangt, so wird diese Bestimmung nur dazu führen, die Zahl derjenigen Abkömmlinge zu vermehren, welche sich höheren und sogar gelehrten Berufen widmen wollen. Die Steuererleichterung steht in ihren Wirkungen gleich einem vom Staat verliehenen Stipendium, nur dass sie bewilligt wird, ohne zu prüfen, ob der ausgewählende Jungling befähigt und würdig ist oder nicht.

3. Es ist dem Berüter des Entwurfs nicht zu entnehmen, ob die Steuererleichterung nur gewisst werden soll denjenigen, deren Söhne sich dem höheren Studium widmen, oder auch solchen, welche in dem Bauern- und dem Handwerkstand verbleiben wollen, dann, ob auch für Mädchen, die sich als Lehrerinnen, Schneidern, und dergleichen ausbilden wollen, die gleiche Vergünstigung zu gewähren werden soll.

4. Die Begünstigung, die eintreten soll, weil der Steuerpflichtige Abkömmlinge besitzt, die ihre Militärfreiheit zu erfüllen haben, kommt in Ihren Wirkungen einer Erhöhung der Lohnung gleich, die zu bezahlten Sachen des Fleids ist, und bringt damit eine Erhöhung des letzteren auf Kosten der bürgerlichen Staatsfinanzen mit sich.

5. Die Pflicht der Kindererziehung ist eine allgemeine, sie trifft die Eltern, der Staat hat diese Last noch nicht übernommen, wohl bildet aber die Bestimmung des Artikels 19 den ersten Schritt dazu.

6. Eggenberg v. Staff bestimmt den Ausfall durch den Kinderparagraphen auf 2 Millionen Mark, und die Zahl der Steuerpflichtigen, welche Erleichterungen beanspruchen, kann auf 75 Prozent angeklagt werden. Damit wird die Regel zur Ausnahme gemacht, und dies in einem Gesetz, welches die Mittel aufzwingen soll, um unserer großen Finanznot zu steuern..."

Da hätten wir also plötzlich die große Ausgabenberichtigung mit dem Oberhaus? Keine Gefahr! Wir leben ja in Deutschland, wo es keine großen Entscheidungssämpfe gibt, sondern nur Sensationen von acht Tagen, die als Flossen enden werden.

So ist unter Aussicht der Lords nur eine Parodie auf das weisegeschichtliche Ringen in England. Denn unsere Lords wüteten gegen eine Steuerverordnung, die die englischen sich geschaut hätten zu wagen. Unsere Reichsräte befämpfen Gesetze, die schon durch ihren Geist und durch Rücksicht auf sie bestimmt sind. Und bei uns verwerfen Börde und Viehherren gleichermaßen die Steuern. Und die Opposition der Herren ist im Grunde nur ein überwältiger Jagdport für sie, aber kein Kampfobjekt für das Volk. Es sind eben deutsche Rämpfe!

In den Banden des Chauvinismus.

Von unserem Correspondenten.

Wien, 8. Dezember.

—th. In der vorigen Woche wurde an zwei Tagen im österreichischen Abgeordnetenhaus verhandelt, wirklich und wahrhaftig verhandelt, und darunter einem ganzen und vollen Tag über das Budgetprovvisorium. Ein Arbeitstag für die ganze Bevölkerung! Das möchte manchem läufig wenig erscheinen, doch unter österreichischen Verhältnissen ist es beinahe viel und lässt den Busen der Hoffnungswollen schwelen. Welche Weile hat es gefestet, die Tüden zum einstweiligen Zurückholen ihrer Obstruktionen tragen und die Deutschen dahin zu bringen, dass sie der kaukasischen Union keinen demütigenden Vertrag abforderten. Über glaubte keiner, nun wäre der Weg frei. Es wird weiter verhandelt. Kaum wissen die Verhandelnden selber recht, zu welchem Ziel und Ende. Nicht eigentlich von den nationalen Gegensätzen beider ist die Rede, sondern die Stellung zum Ministerium ist das Schibboleth, das die Geister ideitet. Die kaukasische Union verlangt eine Rekonstruktion des Kabinetts, teils weil sich ihre Führer nach Ministerium sehnen, teils weil sie einen dekorativen Rückhalt der Krise wünschen und der Sturm des Ministeriums oder einiger seiner Mitglieder den Bühlern leicht als ein herzliches Ereignis aufzuwohnen wäre. Doch eben darum halten die Deutschen desto hartnäckiger an Wienisch fest. Nicht als ob ihnen an keiner Person so viel gelegen wäre. Die Talente des Staatsmannes ist die beispiellose Tatkraft unserer Politik. Allein er gilt als deutschfreundlicher Minister und die Deutschen führen, man würde ihnen klagen an Kreise vorhalten und den alten Vorwurf wiederholen, auf sie könne sich niemand stützen, weil sie den besten Freund im Stiche ließen. Die Situation grenzt fast ans Fossehafte. Dieser homericke Kampf um das Richts eines wichtigen Beamten erster Rangesschlüssel!

Dennnoch offenbart sich auch im tiefsten Sommer die Kraft des allgemeinen Wahlrechts. Alles fordert davor zurück, ein Parlament endgültig zu zerstören, das aus dem Willen des

Volkes hervorgegangen ist. Und weil keine Möglichkeit besteht, den Gegner zu majorisieren — eine kleinliche Mehrheit wäre womöglich noch schwächer an Zahl und beständiger wegen des polnisch-ruthenischen Gegenwates vom Berfall bedroht, wie es jetzt die deutlich-polnische ist —, so ist die Überzeugung allgemein, man müsse für einige Zeit eine Form des Zusammenseins finden. Ganz anders dachten in Böhmen, Württemberg und Schlesien. Der sozialdemokratische Abgeordnete Böhm entwarf förmlich im Parlament ein Bild von den Zuständen in Deutschland in einem Gespräch. Die Nationalen haben mit Hilfe der Jungmannschaften — Gymnasialen, Handelsgehilfen — eine Art Schredensherrschafft ausgebildet, die sich ebenso gegen die Sozialdemokraten wie gegen die tschechische Minderheit lehnt. Bezirksbürgermeister und Stadtverwaltung, Polizei und Gendarmerie stehen mit ihnen im Bunde. Es gab eine Zeit — 1908 nach den Prager Großwallen gegen die deutlichen Studenten —, wo es gefährlich war, in mancher deutscher Stadt, wie z. B. in Coblenz, über die Straße zu gehen, wo unter Leitung der Polizei Tag um Tag Besitz bei Tschechen und Sozialdemokraten eingefordert wurden, wo Nationale und Gendarmerie im Verein über freudig demonstrierende Arbeiter herfielen. Schließlich giebt es heute so weit, dass die Stadthäuser eingriffen, die Aufzählpapier in der Stadt angeklagt wurden, und eine Unterladungskommission mehrere junge Leute verhaftete. Das Gericht hatte bisher immer entschieden, wie die Nationalen wollten; diese befürchte Nomination ließ die gewohnte Rücksicht vermissen. Nun protestierte der Stadtrat. Und in der Tat liegt eine horre Ungerechtigkeit darin, dass ein paar Junglinge mit monatelangem Streiter für die chauvinistischen Gezeuge der Presse und der Stadtverwaltung büßen sollen. Mit schuldig ist auch der Bezirksbürgermeister, der mit der Stadtverwaltung unter einer Decke spielt, der es zulässt, dass nicht nur die städtischen Polizisten, sondern auch seine Gendarmerie, die aus der Versammlung kommenden Arbeiter die angreifende Jungmannschaft zurückwarf, mit den Angreifern gemeinschaftliche Sache mache. Andes, so fragte Böhmüller, sind die Tschechen nationale Leute? Provozierten sie nicht sogar in deutschen Städten Rauferien? Machen sie nicht jede Schule zu einem Agitationsherd? Und selbst lassen sie — wo sie die Mehrheit bilden — in mährischen Orten die politischen Kinder ohne Schule und suchen diese sogar in Schlesien zu tödlichen!

Das ist Österreich und seine Parteien. Im Parlament mussten sie sich vereinigen, um herrschen zu können, draußen müssen sie rausen, um die Wähler in Spannung zu erhalten.

◆◆◆

Deutsches Reich.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion bestimmt in ihrer Sitzung am Donnerstag abend die Kommissionen für die verschiedenen standigen und nicht ständigen Kommissionen. Es sollen delegiert werden: In die Kommission für die Vorbereitung des portugiesischen Handelsvertrags: Studien, Rose und Wolfenbüttel, in die Budgetkommission: Singer, Ledebour und Frank, in die Wahlprüfungs-kommission: Bödiker und Geyer, in die Geschäfts-ordnungskommission: Singer, in die Rech-nungsprüfungskommission: Ulrich und Hengsboch, in die Petitionskommission: Schwarz, Sachse, Gehr und Schöpflin.

Bei Rednern wurden bestimmt: für das Gesetz über die Haftpflicht der Reichsbäume: Heine, über den Haftpflichtvertrag mit Bolivien: Gobetum, für das Gesetz über die Fernsprechgebührenordnung: Singer, zu der Vorlage der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes sollen sprechen: Heine und Stadhagen.

Der soziale Ausschuss der Fraktion hat einen umfangreichen Antrag ausgearbeitet, in dem für die verschiedenen Arbeiterkategorien (Handels-, Gewerbe-, Büroangestellte usw.) die von uns vertretenen sozialpolitischen Forderungen formuliert werden. Die Fraktion wird diesen Antrag als Änderungsantrag zur Gewerbeordnung einbringen.

Der politische Korruptionsfonds.

Die konservative Presse macht sich das Vergnügen, die Nationalen immer wieder daran zu erinnern, dass sie aus dem Wahljahr, den Fürst Bülow im Dezember 1906 zusammengebracht hat, subventioniert worden sind. Die nationalliberale Presse ist darüber empört; sie findet die Kampfweise unrichtig, weil auch die Konkurrenten aus den vom Generalverband deutscher Industriellen gegebenen Summen gefüttert worden sind. Die Nationalzeitung sagt:

Die Wahrheit ist: das aus diesem auf Anregung und Betreiben des früheren Herrn Reichsfinanziers gesammelten Fonds alle bürgerlichen Parteien Bezüge erhalten haben.

In der Tat scheint, dass die Blößlingswahlen von der Regierung mit Geld gemacht worden sind, kann jetzt nichts mehr abgestritten werden. Künftig werden sich Bund der Landwirte, Generalbund und Generalverband deutscher Industrieller in die Aufgabe der Wahlkorruption stellen. Alle drei Organisationen werden Gelder zu Wahlzwecken liefern, und man kann sich künftig die Frage nach der Parteizugehörigkeit der bürgerlichen Kandidaten sparen; es genügt, festzustellen, aus welcher Kasse sie für ihren "Kampf um Kaiser und Reich" bezahlt werden. Die politische Korruption der bürgerlichen Parteien in Deutschland wird reißende Fortschritte machen; denn selbstverständlich liefern die Geldgeber die Mittel gewiss nicht wegen den schönen Augen der bürgerlichen Kandidaten, sondern sie werden verlangen, dass die Unterstützten sich dankbar und erkenntlich erweisen.

Wissände in den Arbeitsämtern der Landwirtschaftskammer.

Enthüllungen über Wissände in den Arbeitsämtern der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg brachten die Verhandlungen der landwirtschaftlichen Vereine, die am Mittwoch in Berlin zusammengetreten waren. Die Arbeitsämter wurden als völlig unzureichend bezeichnet. Die Gebühren seien fast doppelt so hoch wie der Ertrag und würden dem Umstand zugeschrieben, dass einige größere Gesellschaften von der Kolonialverwaltung besonders begünstigt seien. So würden unter anderem fällige Reisekosten den Berechnungen zugrunde gelegt; auch würden Arbeiter als "richtig" aus den öffentlichen Provinzen kommend vermittelt, die für vorher bei einem anderen Unternehmer in der Nähe in Dienst standen. Wernecke sich das Arbeitsamt Borsig für zehn, ließte aber keine Kräfte und mache dann noch Schwierigkeiten bei

der Zurückzahlung des Vorabes. Viele Kammerleute haben darüber, so wurde öffentlich behauptet, dem Vorstand mitgeteilt, dass sie fernerhin auf Vermittlung von Arbeitskräften verzichten. Der Referent über diesen Punkt, Gutsbesitzer Tomashoff, machte am Schluss seiner Enthüllungen den Vorstand, zu beschließen, dass die Arbeitsämter zu billigen den Landwirten die Arbeitskräfte vermitteln.

Überall dort, wo man die Rücksichtnahme der Arbeiter vorbereitet. Wenn sich schon die Unternehmer über Wissände zu beklagen, wenn sich die Unternehmer über Wissände zu beschweren, wie mag dann erst den Arbeitern mitgespielt werden, die sich auf solche Muster eingerichtet haben?"

Das Lieb von der Lehrerherrschaft.

Welche bedächtige Rolle im zweigeteilten Jahrhundert spielen Lehrer müssen, um den nötigen Abschluss von dem gebildeten Klerus zu währen, zeigt folgendes Interview in einer niederbayerischen Zeitung:

"Schneeschaukel gefüllt: Von Unternehmern verlangt man ab Winter 1909/10 das Schneeschaukel im Friedhof. Weil Unternehmertypisch ist, so schreibt der Lehrer, auch als Lehrer, Organist, Gemeinde- und Standesamtsschreiber, auch als Lehrer hinreichende Beschäftigung hat, wird die Stelle eines Friedhofsdiensthaushalt hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Schneeschaukel ist mitzubringen. Anmeldungen und Angebote (Stundenlohn) sind zu richten an Obermeister Abel in Wintersdorf." Wenn sich niemand findet, der bereit ist, gegen Stundenlohn den Friedhof von Schneen zu reinigen, wird dem Lehrer kaum etwas anderes übrig bleiben, als sich selbst mit einer Schneeschaukel zu bewaffnen.

Auch Kreuze bleibt.

Der ungleichmäßige Leiter unseres Reichspostwesens, Kreuzer, ist vom Kaiser empfangen worden. In einem Teil der Presse tauchte darauf die Vermutung auf, dass Kreuzer "aus Gesundheitsrücksicht" um Enthebung von seinen Amtes geworden habe. Diese Vermutung ist leider nicht zutreffend gewesen, denn die Scherpreise verkündet, dass es sich nur um einen Vertrag über laufende Postangelegenheiten gehandelt habe. Trotzdem braucht man die Hoffnung noch nicht aufzugeben, dass sich Kreuzer in nicht allzu langer Zeit auf Gesundheitsrücksichten befreien wird. Unternehmertypisch ist, dass sich darüber auch ein Antrag befindet, der eine Regelung des Koalitionsrechts der Landarbeiter verlangt. Die politischen Schachspieler, die den Antrag mit unterschiedlichen haben, rednen sicher darauf, dass der Antrag ebenso überkauft nicht beraten oder schlimmstenfalls nicht angenommen wird. Das ist es mit ihrem Verlangen ernst meines, nach ihrem gegenwärtig ehrlichen Verhalten nicht anzunehmen. Außerdem beantragen die Polen u. a. noch eine Verfassungsänderung, dahingehend, dass die Berufung des Reichstags erfolgen muss, sobald sie von einem Drittel der Mitglieder verlangt wird.

Ein Wurf mit dem Baumschuh. Das Baumwolle-Polenungen, der Diplomat Budgošti, schreibt: "Der Abg. v. Dziedzinski sollte sein Mandat so bald wie möglich niedergelegen. Wenn er sich von den schweren Vorwürfen in Sachen des Reichserbganges gereinigt haben wird, dann wird er sich von neuem darum bemühen können, gegenwärtig aber hat er kein Recht, polnischer Abgeordneter zu sein. Wenn er das Mandat nicht quittiert, dann legt er sein Amt ab, und schafft es nicht einzutreten." Die Drohung läuft auf besonders herzige Brüderlichkeit unter den Polen schließen.

Wagtest. Wie die Nordb. Allgem. Bsp. mitteilt, haben sich die Antisemiten in der Tat demütigt, zuerst den Grafen Gobodo-Wächter, und als dieser handfest ablehnte, den Staatsminister a. D. Berlepsch, zu bewegen, des Triestebelten Stadtkanzler anzutreten. Den Belohnen sind die Antisemiten offenbar aber doch etwas anständig gewesen. Eschold ist der im Kreise anständige Sozialarbeiter als Kandidat der Antisemiten für den Wahlkreis Giesenach aufgestellt worden.

Die Bauernhäuser als Heimstätte. Der Präsident des Deutschen Bauernbundes, der nationalliberale Abgeordnete Wackerth, hat im Reichstag beantragt, den Reichstag zu erneuern, bei der Erneuerung des Handelsprovisoriums mit den Vereinigten Staaten dafür Sorge zu tragen, dass die Reichsregierung den Vereinigten Staaten nicht von neuem weitere Zugeständnisse wegen des Fleisches und Viehfußes macht.

Diese finden sich die feindlichen Brüder vom Bauernbund und vom Bund der Handwerke getreulich wieder zusammen; vielleicht vereinigen sie sich gleich wieder.

Die Steuerberatung. Zur Deckung des Defizits bringt die Regierung eine Erhöhung der Einkommensteuer um 30 Proz. und eine Erhöhung der Vermögenssteuer um gut 75 Proz. auf 1,10 M. pro Milie in Bischlag.

Gegen das babilistische Biersteuer-Gesetz will jetzt auch das Bierkunst stimmen. Da auch die Sozialdemokraten dieses Gesetz grundsätzlich ablehnen, wäre, wenn das Zentrum seine Drohung wahr macht, seine Mehrheit für den Gesetzesentwurf vorhanden. Damit wäre der Bogen ein Rost geschaffen, den man bei Annahme der Biersteuer-Gesetz als Kandidat der Antisemiten für den Wahlkreis Giesenach aufgestellt werden.

Die Biersteuer-Gesetz will jetzt auch das Bierkunst stimmen. Da auch die Sozialdemokraten dieses Gesetz grundsätzlich ablehnen, wäre, wenn das Zentrum seine Drohung wahr macht, seine Mehrheit für den Gesetzesentwurf vorhanden. Damit wäre der Bogen ein Rost geschaffen, den man bei Annahme der Biersteuer-Gesetz als Kandidat der Antisemiten für den Wahlkreis Giesenach aufgestellt werden.

Die Biersteuer-Gesetz will jetzt auch das Bierkunst stimmen. Da auch die Sozialdemokraten dieses Gesetz grundsätzlich ablehnen, wäre, wenn das Zentrum seine Drohung wahr macht, seine Mehrheit für den Gesetzesentwurf vorhanden. Damit wäre der Bogen ein Rost geschaffen, den man bei Annahme der Biersteuer-Gesetz als Kandidat der Antisemiten für den Wahlkreis Giesenach aufgestellt werden.

Die Biersteuer-Gesetz will jetzt auch das Bierkunst stimmen. Da auch die Sozialdemokraten dieses Gesetz grundsätzlich ablehnen, wäre, wenn das Zentrum seine Drohung wahr macht, seine Mehrheit für den Gesetzesentwurf vorhanden. Damit wäre der Bogen ein Rost geschaffen, den man bei Annahme der Biersteuer-Gesetz als Kandidat der Antisemiten für den Wahlkreis Giesenach aufgestellt werden.

Die Biersteuer-Gesetz will jetzt auch das Bierkunst stimmen. Da auch die Sozialdemokraten dieses Gesetz grundsätzlich ablehnen, wäre, wenn das Zentrum seine Drohung wahr macht, seine Mehrheit für den Gesetzesentwurf vorhanden. Damit wäre der Bogen ein Rost geschaffen, den man bei Annahme der Biersteuer-Gesetz als Kandidat der Antisemiten für den Wahlkreis Giesenach aufgestellt werden.

Die Biersteuer-Gesetz will jetzt auch das Bierkunst stimmen. Da auch die Sozialdemokraten dieses Gesetz grundsätzlich ablehnen, wäre, wenn das Zentrum seine Drohung wahr macht, seine Mehrheit für den Gesetzesentwurf vorhanden. Damit wäre der Bogen ein Rost geschaffen, den man bei Annahme der Biersteuer-Gesetz als Kandidat der Antisemiten für den Wahlkreis Giesenach aufgestellt werden.

Die Biersteuer-Gesetz will jetzt auch das Bierkunst stimmen. Da auch die Sozialdemokraten dieses Gesetz grundsätzlich ablehnen, wäre, wenn das Zentrum seine Drohung wahr macht, seine Mehrheit für den Gesetzesentwurf vorhanden. Damit wäre der Bogen ein Rost geschaffen, den man bei Annahme der Biersteuer-Gesetz als Kandidat der Antisemiten für den Wahlkreis Giesenach aufgestellt werden.

Die Biersteuer-Gesetz will jetzt auch das Bierkunst stimmen. Da auch die Sozialdemokraten dieses Gesetz grundsätzlich ablehnen, wäre, wenn das Zentrum seine Drohung wahr macht, seine Mehrheit für den Gesetzesentwurf vorhanden. Damit wäre der Bogen ein Rost geschaffen, den man bei Annahme der Biersteuer-Gesetz als Kandidat der Antisemiten für den Wahlkreis Giesenach aufgestellt werden.